DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

DIE LINKE. Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtages 1, 40221 Düsseldorf

Wolfgang Zimmermann
Fraktionsvorsitzender
Anna Conrads
Innenpolitische Sprecherin

Fraktion im Landtag
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtages 1
40221 Düsseldorf

Bearbeiter:
Sven Kühn
0211 884 4612
sven.kuehn@landtag.nrw.de

Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Düsseldorf, den 12. Juli 2011

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

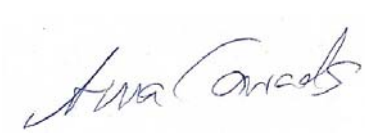
wir haben leider nicht alles durchsetzen können, was wir uns als Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW in dem Gesetzesverfahren zur Novellierung des LPVG ursprünglich vorgenommen hatten. Wie Ihr wisst, hatten wir bereits im September vergangenen Jahres einen Antrag im Landtag gestellt, der im Wesentlichen die Eckpunkte des DGB beinhaltete. Bereits sehr früh wurde klar, dass SPD und vor allem die Grünen weder bereit waren, den alten Zustand vor 2007 wieder herzustellen noch unsere weitergehenden Vorstellungen mit zu tragen, die u.a. zum Ziel hatten, alle Beteiligungstatbestände zu mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten zu erklären, die NRW dann wirklich zum Mitbestimmungsland Nr. 1 gemacht hätte.

Es war schon schwierig genug, in den vielen informellen und offiziellen Gesprächen letztlich zu erreichen, dass die Paragrafen 72 Abs. 3 (Technologie- und Organisationsangelegenheiten), 74 Abs. 3 (Beteiligung bei Aufhebungs- und Beendigungsverträgen) und 52 (Gesamtpersonalräte bei den Landschaftsverbänden als Stufenvertretungen) Eingang in das neue Gesetz gefunden haben.

Vor allem auch unsere Vorschläge für den Schulbereich, wo wir eine generelle Anwendung des LPVG im Schulbereich gefordert haben, um dadurch die vorhandene Mitbestimmungslücke zu schließen, sind von allen vier übrigen Fraktionen abgelehnt worden.

Trotzdem ziehen wir im Großen und Ganzen eine durchaus positive Bilanz. Das Mitbestimmungs-Zerstörungs-Gesetz der am 9. Mai 2010 abgewählten schwarz-gelben Landesregierung ist außer Kraft gesetzt worden. Die Mitbestimmung für die gesetzlichen Interessenvertretungen in den Einrichtungen und Betrieben des öffentlichen Dienstes ist weitgehend wieder hergestellt. Das ist ein Erfolg, an dem die Personalräte selbst und ihre Gewerkschaften entscheidend beteiligt waren. Für diese Unterstützung, die in einer Reihe von Gesprächen und Sitzungen zum Ausdruck kam, möchten wir uns in diesem Schreiben nochmals herzlich bedanken.

Mit kollegialen Grüßen



Anna Conrads
Innenpolitische Sprecherin

Wolfgang Zimmermann
Fraktionsvorsitzender